

8.4.2025**Deutsche, polnische und französische Rektorenkonferenzen fordern Neuaufgabe des Europäischen Rahmenprogramms für Forschung und Innovation**

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und ihre beiden Partnerorganisationen in Frankreich (France Universités) und Polen (Konferencja Rektorów Akademickich Szkół Polskich; KRASP), die in ihren jeweiligen Ländern die Hochschulen vertreten, fordern eine bedarfsgerechte und zukunftsorientierte EU-Forschungsförderung, die weiterhin auf Offenheit und Exzellenz setzt. Sie unterstützen aktuelle Überlegungen der Europäischen Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit der EU durch die Stärkung von Forschung und Innovation zu fördern, sprechen sich jedoch ausdrücklich für eine 10. Auflage des bewährten Förderprogramms für Forschung und Innovation aus.

HRK, France Universités und KRASP begrüßen das klare Bekenntnis in der jüngsten „Warschauer Erklärung“ der EU-Mitgliedstaaten zu einer künftigen Forschungsförderungsarchitektur, die auf dem erfolgreichen Vermächtnis der bisherigen „eigenständigen“ Rahmenprogramme aufbaut. Die drei Rektorenkonferenzen unterstützen zudem die Forderung des Europäischen Parlaments nach einer Finanzierungsstruktur, die Forschung an Hochschulen effizient und umfassend fördert.

Die europäische Forschung sei bereits weltweit führend und die EU solle diese Stärke nutzen, um Innovationen weiter voranzutreiben, statt bestehende Erfolge zu gefährden. Die Vorsitzenden der deutschen, polnischen und französischen Rektorenkonferenzen sind sich einig, dass die Forschungsgemeinde ein verlässliches und unterstützendes Umfeld mit optimalen Arbeitsbedingungen – einschließlich stabiler und berechenbarer Finanzierungsstrukturen – benötigt, um bestmögliche Forschungs- und Innovationsergebnisse zu erzielen.

Eine zersplitterte Landschaft kurzlebiger Förderinstrumente, die über verschiedene EU-Generaldirektionen verteilt sind, würde Forschungstalente durch übermäßige Komplexität abschrecken und letztlich wertvolles Innovationspotenzial verschwenden.

HRK-Präsident Prof. Walter Rosenthal: „Die Europäische Kommission stellt im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit fest, dass der Europäische Forschungsrat (ERC) stärker auf die politischen Prioritäten der EU ausgerichtet werden müsse. Dies gefährdet allerdings die erfolgreiche Rolle des ERC innerhalb der europäischen Forschungslandschaft: Die vom ERC geförderte Grundlagenforschung muss thematisch offen bleiben, da nur die Forschenden selbst neue Wissenspotenziale erkennen und zukünftige Innovationstrends antizipieren können. Der Erfolg dieses Ansatzes zeigt sich eindrucksvoll an der großen Zahl kommerziell nutzbarer Patente, die aus ERC-geförderten Projekten hervorgehen.“

Prof. Lamri Adoui, Präsident von France Universités: „Die Verbundforschung ist einer der großen Vorteile des Rahmenprogramms. Forschungsergebnisse aus europäischen Verbundprojekten werden doppelt so häufig zitiert wie Veröffentlichungen anderer Forschungsprojekte, und die Konsortien schaffen die Grundlage für zukünftige Forschungscluster, die in der Lage sein werden, Technologien für den Übergang zur Klimaneutralität zu entwickeln. Ein gut funktionierendes Forschungssystem benötigt eine starke Unterstützung entlang der gesamten Wertschöpfungskette von Forschung und Innovation. Ich bedauere daher ausdrücklich, dass die Verbundforschung in den Berichten von Letta und Draghi kaum erwähnt und im Bocconi-Bericht sogar stark kritisiert wird, bis hin zur Infragestellung des positiven Nutzens der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.“

KRASP-Präsidentin Prof. Bogumiła Kaniewska: „Die unter der polnischen Präsidentschaft verabschiedete Warschauer Erklärung unterstreicht nachdrücklich, wie wichtig es ist, die europäische Dimension der Forschung weiter zu stärken. Um Innovation und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu fördern, muss die europäische Forschung aktiv dazu beitragen, robuste Netzwerke zwischen allen wesentlichen Akteuren im Europäischen Forschungsraum (EFR) zu etablieren. Um bestehende Ungleichheiten insbesondere in Ländern wie Polen abzubauen, sind langfristig wirksame, strategische Unterstützungsmechanismen unabdingbar. Ohne solche gezielten Maßnahmen bleibt die Gefahr eines zweigeteilten Europas bestehen, das den gemeinsamen Fortschritt der europäischen Forschungsgemeinschaft gefährden würde.“